

Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 30. September 2013 betr. St. Rochus



SPD-STADTVERORDNETENFRAKTION DARMSTADT

SPD-Stadtverordnetenfraktion Darmstadt
Wilhelminenstr. 7a
64283 Darmstadt

Fon: 06151 – 2 79 02 75
Fax: 06151 – 2 79 02 71
info@spdfraktion-da.de
www.spdfraktion-da.de

Sparkasse Darmstadt
BLZ: 508 501 50
Konto: 8006377

**Große Anfrage
St. Rochus**

1. Wie hoch ist der Kaufpreis für den Anteil der Stadt Darmstadt für die Überführung des St. Rochus-Krankenhauses in eine strategische Partnerschaft mit dem Klinikum Darmstadt und den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg?
2. Wer wird für die bisherigen Schulden des St. Rochus-Krankenhauses aufkommen?
3. Warum wurden die Stadtverordneten nicht im Vorfeld über die Fusionspläne informiert, sondern erst über die Presseberichterstattung davon in Kenntnis gesetzt?
4. Welchen Einfluss wird die St. Rochus-Stiftung nach der Überführung in eine gemeinnützige GmbH haben?
5. Welche Stimmrechte wird die St. Rochus-Stiftung in der gGmbH haben?
6. Welcher Spielraum wird den ethischen und moraltheologischen Grundsätzen der Katholischen Kirche zukünftig an einem Krankenhaus zugestanden, das sich zu 90 Prozent in öffentlicher Trägerschaft befindet?
7. Werden zukünftig Kruzifixe in den Krankenzimmern hängen, obwohl es sich zu 90 Prozent in öffentlicher Trägerschaft befindet?
8. Wird zukünftig im St. Rochus-Krankenhaus – wie dies an katholischen Kliniken üblich ist, da es nicht mit den ethischen und moraltheologischen Grundsätzen der Katholischen Kirche vereinbar ist - eine Notfallkontrazeption grundsätzlich ausgeschlossen sein?
9. Ist zukünftig damit zu rechnen, dass im St. Rochus-Krankenhaus Vergewaltigungsoffer abgewiesen werden und gynäkologische Untersuchungen zur Beweissicherung nach sexueller Gewalt abgelehnt werden?
10. Ist es zutreffend, dass die Stadt Darmstadt, damit ein konfessionell gebundenes Krankenhaus betreiben wird?
11. Warum wird der St. Rochus-Stiftung ein maßgeblicher Einfluss zugestanden, obwohl künftig der Anteil von St. Rochus an der gGmbH nur 10 Prozent beträgt und jeweils 45 Prozent vom städtischen Klinikum Darmstadt und von den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg übernommen werden?
12. Wie ist dies mit der Neutralitätspflicht der Stadt Darmstadt vereinbar?

Darmstadt, 30. September 2013

Michael Siebel

Hanno Benz

Dagmar Metzger
Katrín Kosub
(Stadtverordnete)

2
(Fraktionsvorsitzender)